

ALM-Chef Müller

„Es ist nicht hilfreich, die Labore wie einen Steinbruch leerzubaggern“

Die aktuell geplante Laborreform hat eine Welle des Protests ausgelöst. Nach einer Krisensitzung am heutigen Montag in Berlin fordern Vertreter der Labormedizin nun: Die Reform muss ausgesetzt und überarbeitet werden. Und dabei wollen sie dieses Mal mit am Tisch sitzen.



©ALM

Müller: „Wir sind besorgt und wir sind auch ein bisschen sprachlos ob der Situation, in der wir heute sind.“

„Sie sehen mich noch ein bisschen konsterniert hier sitzen“, begann Michael Müller seinen Vortrag bei der Pressekonferenz am Montagmittag in Berlin. Er komme gerade aus einer gut zweistündigen Diskussion mit etwa 140 Teilnehmenden, allesamt Vertreterinnen und Vertreter der medizinischen Labore in ganz Deutschland. „Wir sind besorgt und wir sind auch ein bisschen sprachlos ob der Situation, in der wir heute sind“, so der Vorsitzende des Vereins Akkreditierte Labore in der Medizin (ALM).

Die Situation, die Müller meint, hat sich mit dem 19. April 2024 eingestellt. An dem Tag hatte der Bewertungsausschuss in seiner 709. Sitzung einen Beschluss zur jüngsten Laborreform gefasst. Sie soll am 1. Januar 2025 in Kraft treten. Konkret geplant ist, zur Finanzierung neu eingeführter Pauschalen für Entnahmematerial und digitaler Systeme sowie zur Anhebung der fachärztlichen Grundpauschale die Kostenerstattungen der kurativen Labordiagnostik um durchschnittlich 10 Prozent abzuwerten. Vertreter und Vertreterinnen der Labormedizin laufen schon seit Wochen Sturm gegen die vorgesehenen Änderungen. Ihrem Ärger haben sie unter anderem in einem Offenen Brief Luft gemacht. Diesen hätten inzwischen bereits mehr als 5000 Personen unterzeichnet, sagte Müller, nicht nur aus dem Laborbereich, sondern auch außerhalb der labormedizinischen Fachwelt. „Das ist für eine kleine Arztgruppe, die unterschiedlich wahrgenommen wird, enorm“, findet der ALM-Chef.

Bedenken aus den Laboren laut ALM nicht berücksichtigt

Weiter kritisierte Müller, dass die Laborreform durchgedrückt worden sei, ohne die Bedenken aus den Laboren zu berücksichtigen. Der Bewertungsausschuss habe seinen Beschluss im April gefasst, „obwohl wir schon vorher von November bis März intensiv dazu beraten und Vorschläge gemacht und unsere Bedenken und Kritikpunkte geäußert hatten“. Sodann sei die Reform quasi im Wissen dieser bestehenden Kritikpunkte so beschlossen worden.

Die Anhebung des kalkulatorischen Arztlohns sowie die neuen Pauschalen, die mit der Laborreform kommen sollen, seien zwar zu begrüßen. „Aber dass man uns das selbst bezahlen lässt, indem man zur Finanzierung unsere Kernleistung absenkt, das akzeptieren wir nicht“, sagte Müller. Das könnten die Labore wirtschaftlich nicht stemmen. Ohne Frage gebe es für die Kassenärztlichen Vereinigungen in der ambulanten Versorgung eine ganze Reihe von Finanzierungsproblemen. Aber diese jetzt ausschließlich auf Kosten der Labore zu lösen „und das Labor quasi wie ein Steinbruch leerzubaggern oder wie eine Zitrone so trocken zu pressen, dass da kein Saft mehr rauskommt, das ist sicherlich nicht hilfreich“. Denn am Ende gehe dies zu Lasten der Patientenversorgung.

„Wir vertrauen darauf, dass sich der GKV-Spitzenverband und auch die kassenärztliche Bundesvereinigung ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung einer bedarfsgerechten, flächendeckenden, patientenzentrierten Versorgung wirklich bewusst sind“, sagte der ALM-Vorsitzende. Dass der Offene Brief mit der Kritik an der geplanten Laborreform bereits mehr als 5000 Unterschriften zähle, „sollte dem GKV-Spitzenverband und auch der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Antrieb genug sein, jetzt diese Laborreform zunächst auszusetzen“, so Müller. Das sei auch die Forderung, die der ALM gemeinsam mit den anderen Labor-Berufsverbänden nun nach der Krisensitzung erhebe.

Verschlechterung der Versorgung von Infektionspatienten befürchtet

„Unser Lösungsvorschlag ist deckungsgleich mit dem Lösungsvorschlag des ALM“, meldete sich bei der Pressekonferenz am Montag Prof. Ralf Ignatius zu Wort. Auch sein Verband plädiere für die Aussetzung des Beschlusses, sagte der stellvertretende Vorsitzende des Berufsverbands der Ärzte für Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie (BÄMI). Und dann solle in einem ausreichenden Zeitraum eine gemeinsame Ausarbeitung einer Laboreform stattfinden, „von der alle profitieren: die Labore und vor allen Dingen die Patientinnen und Patienten“. Dafür könne man sich ruhig bis Ende 2025 Zeit nehmen, schlug Ignatius vor. Mit der aktuell geplanten Reform werde es keine Gewinner geben, sondern ausschließlich Verlierer. „Diese Laborreform führt zu einem erheblichen wirtschaftlichen Druck auf alle Labore in Deutschland.“

Sollte die Reform tatsächlich wie vorgesehen umgesetzt werden, werde sich die Versorgung von Infektionspatienten in Deutschland erheblich verschlechtern, so die Befürchtung des stellvertretenden BÄMI-Chefs. Um den wirtschaftlichen Druck etwas zu mindern, würden nämlich die Labore mehr Proben weiterleiten. „Das heißt, man führt diese nicht mehr wirtschaftliche Untersuchung selbst nicht durch, sondern leitet sie an ein anderes Labor weiter, in dem natürlich diese Untersuchung auch nicht wirtschaftlich sein wird“, erklärte Ignatius. Und dabei gehe Zeit verloren. „Zeit, die wichtig ist für die Diagnosestellung und unter Umständen eben auch eine anschließende Antibiotika-Therapie.“

Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass es eine Umstellung auf preiswertere Untersuchungstests gebe, so der Infektionsmediziner. „Und wir befürchten, dass durch diese preiswerteren Tests man Einbußen hat in der Sensitivität oder auch in der Spezifität und dass sich dadurch die Anzahl der Fehldiagnosen deutlich erhöhen wird.“

Hohe Investitionen in die Sicherheit

Warum es ein Problem ist, dass medizinischen Labore seit der Corona-Pandemie zur kritischen Infrastruktur gehören, erklärte Evangelos Kotsopoulos vom ALM-Vorstand. Denn um die IT-Sicherheit zu gewährleisten und Netzwerkstrukturen zu schützen, hätten die Labore gewaltig investieren müssen. „Die Kosten, die für Hardware, für Lizenzen, für Software und für zusätzliches Personal angefallen sind, die hat niemand so richtig auf dem Schirm“, sagte der IT-Fachmann. Es gebe für diese Bereiche keine zusätzliche Vergütung, sondern die Kosten müssten aus dem, was über die Kostenerstattung und das Honorar ins Labor komme, beglichen werden. „Diese Offenheit und Verwundbarkeit, die einerseits positiv ist, weil wir einen sehr hohen Grad an Digitalisierung haben im Labor, der ist andererseits auch ein großes Risiko, und wir sehen hier Schwierigkeiten, die Mittel zu finden aus der Kostenerstattung, aus der Vergütung im EBM, um sowas noch stemmen zu können.“

ALM-Vize Prof. Jan Kramer sieht in den Reformplänen eine „sachlich nicht begründete Umverteilung von Mitteln, die innerhalb der Labore zu wahnsinnigen Verwerfungen führen“. Man gebe den Laboren für einige technische Aspekte, die sie seit Jahren fast kostenfrei selbst erbrächten, jetzt gewisse Pauschalen, die sie dann aber selbst bezahlen müssten. „Das ist aus meiner Sicht ein unglaublicher Skandal, der am Ende eben dazu führt, dass Labore draufzahlen müssen.“ Das führe zu einer wirtschaftlichen Bedrohung der medizinischen Labore und der flächendeckenden Versorgung. Auch Kramers Fazit lautete: „Diese Laborreform muss ausgesetzt werden.“ Es müsse dann zu einem Sachdialog kommen. „Wir sind als Berufsverbände bereit, eine Laborreform zu erarbeiten. Aber die kann nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden.“

30.09.2024 14:05, Autor: sk, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/231171>